



Bettina Müller

Mitglied des Deutschen Bundestages

Rede für die Bürgerbegegnung in Freigericht am 7. Juni 2014

„Unser aller Euro“

Es gilt das gesprochene Wort

„Deutschland, Frankreich und Italien wollen den Euro schützen und die Vertrauenskrise überwinden. Das ist das Ergebnis des Treffens von Angela Merkel mit Nicolas Sarkozy und Mario Monti in Straßburg: Die drei Länder wollen einen starken und stabilen Euro.“ So und ähnlich klangen die Meldungen auf dem Höhepunkt der europäischen Krise im November 2011.

Ich wurde gebeten, etwas zu unserem Euro zu sagen. Das tue ich gerne.

Aber zunächst begrüße ich unsere Gäste aus St. Quentin-Fallavier in Frankreich und Gallicano nel Lazio in Italien ganz herzlich und heiße sie im Main-Kinzig-Kreis willkommen! Ich freue mich, dass alle drei Bürgermeister heute anwesend sind: Michel Bacconier aus St. Quentin-Fallavier, Marcello Accordino aus Gallicano nel Lazio und Joachim Lucas aus Freigericht.

Und damit Sie meinen Beitrag einordnen können, ergänze ich noch ein paar Daten zu meiner Person. In

der Kommunalpolitik bin ich seit 1997 aktiv und im Herbst letzten Jahres bin als Abgeordnete in das deutsche Parlament, den Bundestag, gewählt worden.

In Berlin liegt mein Schwerpunkt bei der Gesundheitspolitik und ich engagiere mich für gute Beziehungen zu unseren Nachbarn als Mitglied in der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe. Mein Blick auf Europa und unsere gemeinsame Währung, ist also der einer Politikerin – nicht der einer Finanz- oder Europaexpertin.

Aber blicken wir mal ein paar Jahre zurück: Wer früher in Europa eine Reise tat, hatte eine Menge zu erzählen – und nicht nur Erhebendes. Es gab den Geldumtausch von Franc in Lira, von Lira in D-Mark, je nachdem wie die Reiseroute verlief, es gab lästige Grenzprozeduren und vieles mehr.

Da war die Sprachbarriere noch das kleinste Hindernis, wenn man einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz im Ausland suchte, jenseits der Grenze ein Unternehmen gründen wollte, eine Ware, die von Land zu Land unterschiedliche Sicherheits- und Qualitätsstandards erfüllen musste, verkaufen oder gar eine Dienstleistung grenzüberschreitend erbringen wollte.

Für die EU ist dies Vergangenheit. Aus meiner Perspektive kann sich kein vernünftiger Mensch diese Zeiten zurückwünschen – auch wenn das Reisen ins europäische Ausland, das gebe ich zu, heute weniger abenteuerlich ist. Aber der Alltag ist einfacher geworden. Ich denke beispielsweise an das Telefonieren mit dem Handy im europäischen Ausland. Hier hat die Kommission die Gebühren stark gesenkt und das Europäische Parlament will sie 2016 ganz abschaffen. Gerade bei der Organisation von Jugend- und Bürgerbegegnungen über die Grenzen hinweg gelingt heute manches müheloser.

Bei der Vorbereitung auf die heutige Rede habe ich mich gefragt: Wie war das eigentlich noch als zur Jahrtausendwende der Euro in Deutschland eingeführt wurde?

Es hat lange gedauert bis wir begriffen haben, welch ein Segen der Euro für uns ist. Schließlich ging und geht es bei der Einführung der

Gemeinschaftswährung um mehr als Geld und Ökonomie. Reisefreiheit, Arbeitnehmerfreizügigkeit, die Möglichkeit woanders zu studieren und zu leben, all das ist europäischer Alltag. Im Jahr 2014 nutzen Millionen Deutsche das gerne.

Europa durchlebt krisenhafte Zeiten. Aber eine Krise ist auch ein Moment der Wahrheit. Wenn der Boden unter den Füßen zu schwanken beginnt, lernen Menschen, aber auch politische Gemeinwesen viel über sich selbst. Schwächen werden deutlich aber man erkennt auch, wie stark man eigentlich ist.

Binnen kurzer Zeit haben die Staaten Europas zwei solcher Augenblicke erlebt. Erst testete die Euro-Krise die Entschlossenheit der Regierungschefs und ihrer Länder, die gemeinsame europäische Währung zu retten. Und für die geopolitische Auseinandersetzung in der Ukraine suchen sie derzeit nach einer europäischen Antwort. In beiden Fällen werden Fehlkonstruktionen der EU sichtbar, aber es kommt auch zu einer wichtigen Klärung: die Wiederkehr der Politik in der EU, in Europa.

Sowohl in der Euro-Krise als auch beim Ringen um die Ukraine geht es im Kern um Fragen des Zusammenhaltes und der Opferbereitschaft der EU-Länder

untereinander. Sind wir bereit, anderen zu helfen um die Stabilität unseres Geldes und unsere Einheit zu schützen? Sind wir bereit, Russland gegenüber deutlich zu zeigen, für welche Werte Europa steht, auch wenn wir dabei selber Einbußen erleiden?

Die wichtigste Erkenntnis der vergangenen Jahre ist die Einsicht in unsere gegenseitige Abhängigkeit. Seit 2010 wissen wir Bürgerinnen und Bürger, was es wirklich bedeutet, eine Währung miteinander zu teilen. Wir wissen jetzt, dass italienische Schulden, irische Immobilienblasen oder zyprische Banken einen unmittelbaren Einfluss auf Arbeitsplätze, Renten, Ersparnisse in Deutschland, Portugal und Estland haben – oder umgekehrt. Wirtschaftlich – aber auch politisch sind unsere Länder eng miteinander verbunden.

Die Bedeutung Europas spiegelt sich auch im Koalitionsvertrag der deutschen Regierung wider, den meine Partei, die SPD mit CDU/CSU im vergangenen Herbst geschlossen hat. Wie ein „roter“ Faden zieht sich dort Europa durch nahezu alle Kapitel der Koalitionsvereinbarungen. Egal, ob es um Wettbewerbsrecht, um Bürokratieabbau, Verkehr, Klima- oder Verbraucherschutz geht, es finden sich Aussagen von europapolitischer Relevanz. Sprich: Europapolitik ist heute Innenpolitik.

Zusätzlich hat die Europäische Union sehr große

Auswirkungen auch auf unser Leben in Hessen. Rund 90 Prozent aller in Hessen anzuwendenden Gesetze sind inzwischen von EU-Recht beeinflusst – vom Umweltschutz über die Trinkwasserqualität bis zum Verbraucherschutz. Hier fällt mir die Stärkung der Fluggastrechte ein: bei großer Flugverspätung erhalten Passagiere eine höhere Entschädigung. Das begrüßen wir alle!

Wirtschaftspolitische Entscheidungen der EU sind insbesondere für den Finanzplatz Frankfurt und den Frankfurter Flughafen von großer Bedeutung. Letzterer ist schließlich der wichtigste Wirtschaftsfaktor für Hessen. Hier haben wir erreicht, dass wie bisher vor Ort an den nationalen Flughäfen entschieden wird, welche Lärmschutzmaßnahmen gelten und diese nicht aus Brüssel geregelt werden.

Nichtdestotrotz: Die Nationalstaaten alter Prägung stoßen heute immer mehr an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit. Sie werden nicht verschwinden, wie so mancher Populist uns glauben machen will. Warum auch sollten sie verschwinden? Die nationale Identität ist vielen Menschen wichtig. Wir müssen ihre Sorgen ernst nehmen, die EU wolle sie ihrer Identität berauben. Unsere Sprachenvielfalt, unsere extrem reiche Kultur, hellenistisches und römisches Erbe, die Renaissance und die Reformation, die Aufklärung und die Moderne, sind unser schützenswertes Erbe und

bilden einen kulturellen Reichtum, der in seiner jeweiligen nationalen Ausprägung unbedingt erhalten bleiben muss.

Aber: Auch die großen Staaten Europas wie Frankreich, Italien oder Deutschland können die zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht alleine bewältigen. Wenn es darum geht, die gemeinsame Währung zu sichern, die Finanzmärkte zu regulieren oder das Klima zu schützen – dann gelingt das nur durch gemeinsames europäisches Handeln! In diesen Schlüsselbereichen brauchen wir eine starke EU. In anderen Bereichen – wie den Ölkännchen auf Restauranttischen – sollte sich die EU dagegen zurückhalten.

Einer der Schlüsselbereiche ist die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Diese brauchen wir, um Europa dauerhaft krisenfest zu machen. Wenn wir dabei die innere Stabilität der EU nicht aufs Spiel setzen wollen, müssen wir hierbei eines zwingend berücksichtigen: und zwar die soziale Dimension Europas!

Zweifellos müssen wir den Weg der Strukturreformen und der Konsolidierung Europas weitergehen. Die ersten Erfolgsmeldungen aus den krisengeschüttelten Staaten ermutigen uns, dass dies der richtige Weg ist.

Auch bei den Bürgerinnen und Bürgern Europas wächst der Optimismus, dass das Schlimmste überstanden ist. Mitte Mai berichtete ‚Der Spiegel‘, dass die Europäer laut aktueller Umfrage des PEW Research Center die EU positiver sehen. Die Unterstützung für den Euro ist stark, mit rund 70 % Rücken- deckung für die Währung in Deutschland – was ange- sichts wirtschaftlicher Prosperität nicht verwundert – aber auch in Griechenland und Spanien. Die Franzo- sen sprechen sich mit immerhin 64 % für den Euro aus. Lediglich die Italiener spielen mit der Idee eines Euro-Austritts – 44 % der Befragten wollen dort zur Lira zurückkehren. Hierzu interessiert mich übrigens die Meinung unserer italienischen Gäste.

Trotz der sich allgemein bessernden Stimmung wissen wir alle: Es ist ein langer und steiniger Weg, der den Menschen in Griechenland, Portugal oder Spanien große Anstrengungen und Opfer abverlangt.

Unsere Antwort muss mehr sein als nur der Ruf nach strikten Sparmaßnahmen oder nach Liberalisierung der Märkte. Deswegen müssen wir in den kommen- den Monaten und Jahren Wachstum und Beschäfti- gung noch stärker fördern und das soziale Fundament Europas festigen.

Das dringendste Problem aus meiner Sicht ist die enorme Jugendarbeitslosigkeit in vielen Mitgliedstaaten der EU. In Griechenland oder in Spanien sind mehr als 60 Prozent der jungen Menschen ohne Arbeit – und ohne eine Perspektive für ihre Zukunft. Wir können uns nicht leisten, eine ganze Generation junger Europäer zu verlieren, die zum größten Teil gut ausgebildet und hoch qualifiziert sind. Genau hier hat die Wirtschafts- und Finanzkrise zu einer schweren Vertrauenskrise geführt.

Junge und arbeitslose Menschen sehen Europa als Teil des Problems – ihres Problems – und nicht als Teil der Lösung für dieses Problem. Diese Wahrnehmung müssen wir dringend ändern, sonst treiben wir die Menschen nicht nur in die Perspektivlosigkeit, sondern auch in die Arme derer, die die EU eigentlich abschaffen wollen.

Wir müssen der Jugend Europas eine Zukunft bieten, in der Auswanderung nicht die einzige Option ist. Die sechs Milliarden Euro, die im EU-Haushalt bis 2020 für die Förderung der Jugendbeschäftigung eingeplant sind, und die Jugendgarantie sind hier ein guter Anfang. Doch weitere Schritte müssen folgen, wir

dürfen in unseren Bemühungen nicht nachlassen. Die Regierung Deutschlands muss alle verfügbaren bilateralen und EU-Mittel für den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit mobilisieren.

Dies ist auch vor einem anderen Hintergrund wichtig: In Deutschland werden wir in naher Zukunft mit einem Fachkräftemangel konfrontiert werden. Wir werden immer älter. Durch meine Arbeit als Gesundheitspolitikerin in Berlin weiß ich, dass uns im Jahr 2030 alleine in der Pflege rund 500.000 Fachkräfte fehlen werden.

Diese demographische Entwicklung ist eine europäische Entwicklung. Umso mehr sind wir auf die jungen Menschen und ihr Potential angewiesen. Es wäre absurd, wenn wir nicht alle Hebel in Bewegung setzten, um der jungen Generation den Weg in das Berufsleben zu bahnen.

Weitere Spannungen verursacht die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der EU. Auch Deutschland muss seine Verantwortung für die Stabilisierung der Eurozone weiterhin wahrnehmen. Wenn wir wollen, dass Krisenländer wie Griechenland ihre Wettbewerbsfähigkeit massiv verbessern und

ebenfalls Handelsbilanzüberschüsse erwirtschaften, dann können nicht alle Staaten gleichzeitig mehr exportieren als importieren.

Deshalb ist es vernünftig, dass die Ungleichgewichte innerhalb der EU im Rahmen bleiben und Defizitländer in die Lage versetzt werden, ihre Importe auch bezahlen zu können. Es geht der Kommission bei ihrer Prüfung der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse doch nicht darum, die deutsche Exportwirtschaft schwächen zu wollen. Im Gegenteil!

Deutschland braucht für sein eigenes Wachstum dringend eine Stärkung der Binnennachfrage, vor allem durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns sowie Investitionen in Bildung und Forschung, in Infrastruktur und Kinderbetreuung. Dies nutzt letztlich nicht nur den Menschen hier in Deutschland, sondern auch unseren EU-Partnern.

Die Freigerichter Bürger sind sich der Tatsache bewusst, dass die „Angleichung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse“ von besonderer Bedeutung für den inneren Zusammenhalt unseres Kontinents ist. Denn

dieser Punkt landete auf Platz Eins bei der Bürgerbefragung, die die Organisatoren im Vorfeld der heutigen Begegnung durchgeführt haben.

Befragt, welche Themen das künftige Europaparlament am dringendsten behandeln soll, antworteten spiegelbildlich die verschwisterten Freunde aus St. Quentin-Fallavier, dass die Arbeits- und Sozialsituation der Menschen in Europa am wichtigsten sei. Stabilität von Wirtschaft und Euro treibt die Menschen in unseren Gemeinden nach wie vor um, so das Ergebnis der Umfrage. Dieser Punkt landete auf den Folgeplätzen.

Bei aller berechtigten Sorge um das Fortbestehen des europäischen Geldes und der Union, heute können wir festhalten: Der Euro ist noch da! Das möchte ich all jenen Kommentatoren sagen, die zu Beginn 2011 den genauen Termin vorhersagten, zu dem der Euro untergehen würde. Auch die Rechnung der Spekulanten, die Milliarden auf den Austritt Griechenlands wetteten, ist nicht aufgegangen.

Dennoch ist es Zeit, umzudenken. Seit der Einführung des Euro und im Zuge der EU-Erweiterungspolitik haben wir den Fokus oftmals auf die wirtschaftliche Dimension gerichtet und gefragt, was nutzt uns die Erweiterung, was kostet uns der Schritt in die gemeinsame Währung? Die aktuellen Krisen verlangen aber

auch nach politischen Antworten und führen uns vor Augen, dass es sich bei der Europäischen Union um ein zutiefst politisches Projekt handelt. Währungsunion und Binnenmarkt haben ein politisches Fundament – und das sind unsere europäischen Werte.

Es sind dieselben Werte die uns hier zusammenführen, denn die Gemeindegremien aus Galliciano nel Lazio, St. Quentin-Fallavier und Freigericht berufen sich auf die persönliche Freiheit, die humanistische Sichtweise und den Frieden.

Es sind letztlich einige Grundwerte, die die Basis unseres gemeinsamen Kontinents bilden: Freiheit, Gleichheit, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit. Europa ergibt einen Sinn, solange wir noch über und für diese Werte streiten. Es ist ein Streit über das Wesen Europas. Wenn ich auf die Wahlerfolge der Rechtspopulisten bei der Europawahl blicke, wird der grundsätzliche Streit über die Bedeutung dieser Werte für unseren Kontinent umso dringlicher.

Eines sollten wir nicht vergessen: Die europäische Integration hat unserem Kontinent eine nie dagewesene Epoche von siebzig Jahren Frieden, Demokratie und Wohlstand gebracht. 500 Millionen Menschen leben im sicheren Bewusstsein von Rechtsgarantie, von Menschenrechten, sozialer Sicherheit, von freier Marktwirtschaft und dem Recht auf Freiheit. Darunter

die Freiheit, sich innerhalb von Europa frei bewegen und überall niederlassen, leben, arbeiten und studieren zu können. Dies ist unser europäischer Markenkern, der weltweit einzigartig ist. In diesem Sinne wünsche ich allen eine tolle Pfingstmesse, anregende Gespräche und neue Begegnungen. Vielen Dank!